Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 1.20 Mark, vierteljährlich 3.60 Mark, durch die Post 3.60 Mark ausschließlich Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet.
Fernruf der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Einundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die 5gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum mit 30 Pfg. berechnet und in unseren Annahmestellen und allen Anzeigen-Geschäften angenommen. Reklamen die Zeile 1 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme vormittags 11 Uhr, für die Sonntagsnummer abends 6 Uhr. Abbestellungen von Anzeigenaufträgen, soweit solche zulässig sind, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle a. S.
Erscheint täglich zweimal
Sonntags einmal
Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17.
Neben-Geschäftsstelle Markt Nr. 24.

Nr. 454. Halle, Donnerstag, den 27. September 1917.

Die Flandern-Schlacht.

Wieder ein Siegestag der 4. Armee.

Wohnungsnöte in und nach dem Kriege.

Die Wohnungsnöte für die Familien minderbemittelter Kriegsteilnehmer war eine der ersten Aufgaben der Kriegswohlfahrtspflege. Besondere Verordnungen schützten von dem ersten Tage an diese Familien wenigstens vor dem äußersten Notfall der Exmission, während gleichzeitig für alle diese Familien, wie für den zum Teil noch aus dem Frieden her notleidenden Hausbesitz, größere Kapitalien zu Mietsunterstützungen von Staats- und Stadtwegen zur Verfügung gestellt wurden. Nicht minder energisch hat man neuerdings den Mietssteigerungen zu begegnen gesucht, die in großen und kleinen Städten — oft, wie in Hamburg, Altona, Dortmund, Erfurt, Merseburg, Gelsenkirchen usw. durch gemeinsames Vorgehen der Hausbesitzer — vorgenommen oder wenigstens angekündigt wurden und in einzelnen Gemeinden Großberlins über 25 Prozent hinausgingen. Bekanntlich haben diese Mietssteigerungen auch bereits den Gegenstand von Interpellationen im Reichstag, sowie von zahllosen Eingaben der Mieter und ihrer Organisationen an die Stellvertretenden Generalkommandos und an die Regierungen gebildet. Einzelne Militärbehörden haben rundweg jegliche Art von Mietssteigerung verboten, Sparkassen haben beschlossen, solchen Vermietern, die ohne zwingenden Anlaß die Mieten steigern, die Hypotheken zu kündigen, und am 26. Juli hat der Bundesrat den Mietseinigungsämtern weitgehende Rechte eingeräumt, um, auf Berufung eines Mieters, über die Wirksamkeit einer nach dem 1. Juni 1917 vorgenommenen Kündigung, über die Fortsetzung des gekündigten Mietsverhältnisses und seine Dauer, sowie über eine Erhöhung des Mietszinses im Falle der Fortsetzung Entscheidung zu treffen.

Die Entscheidungen der Einigungsämter sind unanfechtbar, die Anwendung der Verordnung kann durch Vereinbarung der Parteien nicht ausgeschlossen oder beschränkt werden. Die Landeszentralbehörden können die Gemeinden zur Errichtung von Einigungsämtern anhalten und, soweit solche nicht bestehen, deren Befugnisse einer anderen Stelle übertragen. In einer Kritik der neuen Verordnung, die der bekannte Kommunalpolitiker Hugo Lindemann in den „Sozialistischen Monatsheften" veröffentlicht, wird freilich darauf hingewiesen, daß die Bekanntmachung des Bundesrats sachliche Grundsätze für die Rechtsprechung der Mietseinigungsämter nicht aufgestellt hat. In einer Eingabe der Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände war u. a. verlangt worden, eine Mietsvertragsänderung solle versagt werden, wenn eine unbillige Erschwerung der wirtschaftlichen Lage des Mieters zu befürchten sein würde oder wenn der Vermieter nicht nachweisen könne, daß die geforderte Mietserhöhung durch eine Steigerung der regelmäßigen jährlichen Aufwendungen für Erhaltung und Verwaltung des Grundstüds oder des Zinsfußes der Hypotheken usw. begründet sei. Tatsächlich ist die Erhöhung des Hypothekenzinsfußes in zahlreichen Fällen eingetreten; auf der anderen Seite haben aber viele Hausbesitzer die jährlichen Aufwendungen für Unterhaltung und Reparaturen angesichts des Mangels an Arbeitern und der Verteuerung der Materialien nicht nur nicht vermehrt, sondern, wenigstens zum Teil, einsparen zu können geglaubt. Auch die Anordnungen über die Einschränkung der Heizung und der Warmwasserversorgung bedeuten für einen Teil des großstädtischen Hausbesitzes Ersparnisse, die bei der Festsetzung der Mietspreise durch die Einigungsämter zweifellos berücksichtigt werden müssen. Für gleiche Wohnungen müssen in Häusern, die während des Krieges in gutem Reparaturzustand erhalten werden, jetzt wie nach dem Frieden höhere Mieten bewilligt werden, als für Wohnungen in solchen Häusern, die erst nach dem Krieg mit billigerem Aufwand repariert werden. Endlich werden die Mietseinigungsämter darauf zu sehen haben, daß Mietssteigerungen nur in einem Umfang zugelassen werden, der wirklich durch die Erhöhung der eigenen Ausgaben des Vermieters begründet ist.

Mit Recht weist Lindemann darauf hin, daß der gegenwärtige Augenblick nicht der geeignete ist, etwa durch Ausnutzung der Konjunktur und durch unberechtigte und ungerechtfertigt hohe Mietssteigerungen eine Sanierung des städtischen Grundbesitzes vorzunehmen, und daß von Rechts- und Vernunftswegen ähnliche Vollmachten wie den Mietseinigungsämtern auch den Hypothekenämtern gewährt werden müßten, um den Hebel dort einzusetzen, wo er Wirkung ausüben kann, bei der Regulierung der Hypothekenbelastung, die der Hausbesitz seinerseits mit demselben Rechte verlangen kann, wie der Mieter den Schutz des Staates gegenüber ungerechtfertigten Mietssteigerungen. Wie eben erwähnt, sticht in dem latenten Kampf zwischen Mietern und Vermietern die Konjunktur auf der Seite des Hausbesitzes. Der bekannte Wohnungspolitiker Dr. R. Kuczynski, der Direktor des Statistischen Amts Berlin-Schöneberg, hat in wiederholten Aufsätzen auf die Wohnungsnot hingewiesen, die sich bereits im Kriege zeigt und die vermutlich unmittelbar nach dem Kriege aufs schärfste in die Erscheinung treten wird, und der unter

Amtlicher Bericht der Heeresleitung.

WTB. Großes Hauptquartier, 27. September.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Die Schlacht in Flandern hat gestern vom frühen Morgen bis tief in die Nacht hinein ununterbrochen getobt. In Kleinkämpfen setzte sie sich bis zum Morgen fort.

Wieder hat die kampfbewährte 4. Armee dem britischen Ansturm getrotzt, Truppen aller deutschen Gaue haben Anteil an dem Erfolg des Tages, der dem Angreifer noch geringeren Geländegewinn brachte als der 20. September. Trommelfeuer unerhörter Wucht leitete die Angriffe ein. Hinter einer Wand von Staub und Rauch brach die englische Infanterie zwischen Mangelaare und Hollebeke vor, vielfach von Panzerwagen begleitet.

Der beiderseits von Langemarck morgens anstürmende Feind wurde stets durch Feuer und im Nahkampf abgeschlagen.

Von der Gegend östlich von St. Julien bis zur Straße Menin—Ypern gelang den Engländern bis zu einem Kilometer der Einbruch in unsere Abwehrzone, in der dann tagsüber sich erbitterte wechselvolle Kämpfe abspielten.

Durch Verlegen seiner artilleristischen Massenwirkung suchte der Feind das Vorziehen und Eingreifen unserer Reserven zu hemmen. Die eiserne Willenskraft unserer Regimenter brach sich durch die Gewalt des Feuers Bahn. Der Gegner wurde in frischem Anlauf an vielen Stellen zurückgeworfen.

Besonders hartnäckig wurde an den von Zonnebeke westwärts ausstrahlenden Straßen und am Abend um Gheluvelt gerungen. Das Dorf blieb in unserem Besitz.

Weiter südlich bis an den Kanal Comines—Ypern brachen wiederholte Stürme der Engländer ergebnislos und verlustreich zusammen.

Der Feind hat bisher seine Angriffe nicht erneuert. Mindestens zwölf englische Divisionen waren in Front eingesetzt; sie haben die Festigkeit unserer Abwehr nicht erschüttert.

In den übrigen Abschnitten der flandrischen Front und im Artois steigerte sich nur vorübergehend die Feuertätigkeit.

Die Beschießung von Ostende in der Nacht vom 25. zum 26. September forderte außer Gebäudeschaden auch von der Bevölkerung Opfer. 14 Belgier sind getötet und 25 schwer verletzt worden.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nordöstlich von Soissons, in den mittleren Abschnitten des Chemin-des-Dames und auf dem Ostufer der Maas blieb die Kampftätigkeit der Artillerien lebhaft. Es kam nur zu örtlichen Vorfeldgefechten.

17 feindliche Flugzeuge sind gestern abgeschossen worden.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Bei Dünaburg, am Narocz-See, südwestlich von Luck sowie in Teilen der Karpathenfront, der rumänischen Ebene und an der unteren Donau aufleben des Feuer.

Mazedonische Front.

Keine Ereignisse von Bedeutung.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

U-Boottaten.

Berlin, 26. September. (Amtlich.) Durch unsere U-Boote wurden auf dem nördlichen Kriegsschauplatz wiederum

26 000 Brutto-Register-Tonnen

versenkt. Unter den versenkten Schiffen befanden sich der bewaffnete englische Dampfer „Rollesby" (3955 T.), sowie zwei unbekannte, bewaffnete englische Dampfer, einer davon etwa 10 000 Tonnen groß, vom Aussehen des „Minifredian".

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Leitung des früheren Staatssekretärs Dernburg stehende Großberliner Verein für Kleinwohnungsbau hat in mehrfachen eindringlichen Kundgebungen ebenfalls die Gefahr betont, die hier, für Berlin wie für die Großstädte überhaupt, heraufzieht. Kürzlich hat zu alledem das Kaiserliche Statistische Amt Berichte über die Bautätigkeit und den Wohnungsmarkt in deutschen Städten für das Jahr 1916 veröffentlicht, die das Ergebnis der Zählungen der leerstehenden Wohnungen in diesem Jahre wie folgt zusammenfassen: „Im Gegensatz zu den beiden ersten Kriegsjahren hat in der überwiegenden Anzahl der Städte die Zahl der leerstehenden Wohnungen stetig abgenommen. Ist auch noch keineswegs mit einer allgemeinen Wohnungsnot nach dem Kriege zu rechnen, so ist doch die Lage in einer ganzen Reihe von Gemeinden außerordentlich ungünstig und die Gefahr eines Notstandes nicht von der Hand zu weisen." Auch die Uebersicht über die Bautätigkeit im ersten Vierteljahr 1917, wie sie neuerdings von dem Kaiserlichen Statistischen Amt geführt wird, weist in die gleiche Richtung. Ueberall ist der Zugang an Wohnungen auf ein Minimum herabgegangen. Selbst in Essen mit einem Zugang von 198 Wohnungen beträgt er nur 0,2 Prozent des Wohnungsbestandes vom 1. Januar 1917, und in den meisten anderen Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern bleibt er unter 0,05 Prozent zurück! Ebenso liegen die Verhältnisse in den Mittelstädten, soweit diese Bericht erstattet haben. Auch Lindemann, in seinem von uns schon zitierten Aufsatz, deutet mit ernsten Worten auf die Gefahr schwerer Wohnungsnöte hin, die in immer drohendere Nähe rückt. Wir sind der Meinung, daß die Erörterung dieser Frage zu den ersten und dringlichsten Aufgaben gehören sollte, die sich der Reichstag in seiner bevorstehenden Tagung zu stellen hat.

Asquith über den Frieden.

London, 26. September. (Reuter.) Asquith hielt in Leeds bei einer Kriegszielkundgebung eine Rede, in der u. a. sagte: Wir kämpfen für den Frieden der Welt (?), der jedes Opfer wert ist, ausgenommen das Opfern alles dessen, was den Frieden wertvoll macht und seine Dauer sichert, indem es sich auf den festen Felsgrund des von allen Völkern anerkannten und verbürgten Rechts stellt. Der Frieden in diesem Sinne ist nicht zu finden in der Einstellung täglicher Feindseligkeiten mit dem darauffolgenden Feilschen um Gebietsteile. Das ist, wie jemand treffend gesagt hat, die Bibel der Toren. Noch weniger können Sie einen der Welt würdigen Frieden von einem Besiegten durch den Sieger auferlegten Vertrag erwarten, der die Grundsätze des Rechtes unbeachtet ließe und den geschichtlichen Ueberlieferungen, Ansprüchen und Freiheiten der betreffenden Völker Hohn spräche. Solche sog. Verträge tragen die Bürgschaft ihres eigenen Todes in sich und bereiten ganz einfach einen fruchtbaren Nährboden künftiger Kriege. Wir haben ein treffendes Beispiel für die Torheit und Nichtigkeit derartiger Abschlüsse in dem Vertrage von 1871, in welchem das siegreiche Deutschland darauf bestand, sich die beiden Provinzen Elsaß und Lothringen ogen den Willen ihrer Einwohner anzueignen. Die beiden großen Männer Deutschlands Bismarck und Moltke, scheinen die Folgen davon vorausgesehen zu haben. Bismarck war nicht abgeneigt, Frankreich im Besitz von Metz zu lassen, und Moltke sagte im Reichstag, Deutschland müsse 50 Jahre stark gerüstet bleiben, um die Provinzen zu verteidigen. Die Antwort des neuen Reichskanzlers auf die Note des Papstes strotzt von Unklarheiten und öligen Allgemeinheiten. Asquith fragte: Ist Deutschland bereit, zurückzugeben, was es 1871 Frankreich genommen hat? Ist es bereit, Belgien seine volle politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit ohne Bedingungen und Vorbehalte und mit einer vollständigen Entschädigung zurückzugeben? England beabsichtigt nicht die Vernichtung Deutschlands oder die dauernde (?) Erniedrigung des deutschen Volkes. Die grausame und brutale Art, wie der Krieg von Deutschland geführt wird, hat allerdings die Achtung der Welt vor dem deutschen Charakter tief beeinflußt und wird es noch lange tun.

Herr Asquith darf man fragen: Wie denken Sie über die Eroberung von Indien, Aegypten und der Burenrepubliken als Beispiel für einen unwürdigen dem Besiegten durch den Sieger auferlegten Vertrag, der die Grundsätze der Rechte unbeachte läßt.

Und darf man fragen, Herr Asquith, ob Sie wirklich glauben, daß sich Deutschland auch nur eine zeitweise — nicht „dauernde" — Erniedrigung gefallen läßt?

Die Friedensverhandlungen in England und Frankreich.

Berlin, 26. September. „Times" warnt vor einem Verständigungsfrieden mit Deutschland. Die „Times" schreibt: Eine Friede ohne Annexion und Entschädigungen, ein Friede mit Wiederherstellung des status quo wäre für das revolutionäre Rußland noch gefährlicher, als ein weiteres Vorrücken der deutschen Truppen auf russischem Gebiet. Denn ein solcher Friede hätte sicherlich die Gestalt, daß er Deutschland die weitgehendsten wirtschaftlichen Privilegien in Rußland zusichern würde. Die deutsche Presse ist gegenwärtig voll von Gerüchten, daß die deutsche Regierung bereit sei, bezüglich Belgiens große Konzessionen zu machen. Aber Deutschland könnte sehr wohl Belgien räumen und doch aus dem Kriege als eine große und gefährliche Macht hervorgehen. Es ist mehr als wahrscheinlich, daß Deutschland bereit wäre, Konzessionen im Westen zu machen, um dafür

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19170927027/fragment/page=0001

Expansionsmöglichkeiten im Osten und Süden einzutauschen Nach einem Handel dieser Art würde Deutschland immer noch eine Bedrohung des Weltfriedens bleiben. Alle Nationen, die geschworen haben, die Welt von dieser Drohung zu befreien, müssen dafür sorgen, daß **kein Plan solcher Art auch nur einen Augenblick erwogen** wird.

Bern, 26. September. Die Friedensfrage wird von der französischen Presse weiter besprochen. „Liberté" erklärt anläßlich der Resolution der nationalliberalen Partei: Ein Friede ohne Annexionen sei Deutschland vor der Einnahme von Riga und Jakobstadt annehmbar erschienen. **Jetzt hätten ich die deutschen Forderungen verschärft.** „Temps" meint, **Deutschland bereite keineswegs den Verzicht vor, sondern organisiere seine Forderungen.** Deutschland wolle jetzt Litauen autonom erklären, um Polen im Schach zu halten. Dabei wolle es glauben machen, daß das Interesse der eroberten Völker darin bestehe, sich mit Deutschland ins Einvernehmen zu setzen. Dieses Manöver dürfe man nicht unfreiwillig begünstigen. **Deutschland wolle seine Herrschaft im Osten errichten, um sich dann mit größeren Forderungen als je nach Westen zu wenden.** „Humanité" führt aus: Der Sozialismus und der Katholizismus hätten Unterhandlungen eingeleitet. Man werde weiterhin Noten und Fragen austauschen und damit täglich zu größerer Genauigkeit gelangen. Der Papst werde sicherlich von den Mittelmächten die notwendigen Präzisionen verlangen und gleichzeitig auf die Entente einen Druck ausüben, damit sie sich verständige und die entscheidenden Ziele formuliere. **Die praktische Folgerung daraus müsse sein, daß die Entente die moralischen und wirtschaftlichen Vorteile ausnütze, um damit ihre militärische Stärke zu verdoppeln.**

Rußlands schöne Geste.

Petersburg, 25. Sept. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Kriegsminister General Werchowski hielt in einer Sitzung des Hauptvollzugsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates eine Rede, in der er sagte:

Reichskanzler Dr. Michaelis hat in seiner amtlichen Auseinandersetzung der Friedensbedingungen Rußland mit Schweigen übergangen. Dieses Schweigen bedeutet, daß Deutschland, das unser Heer weichen sieht, sich mit England und Frankreich zum Schaden Rußlands verständigen will. Glücklicherweise haben das englische und französische Volk erklärt, daß ihre Regierungen keinen Sonderfrieden abschließen würden. Gestern haben wir die amtlichen Zusicherungen darüber erhalten.

Marineminister Werderewski sagte in der gleichen Sitzung, das Mißtrauen der Seeleute gegenüber ihren Offizieren sei ungerechtfertigt; denn das ausgezeichnete Offizierkorps bilde die letzte Hilfsquelle der Flotte. Er sagte: Man muß den Offizieren volles Vertrauen entgegenbringen; denn sonst wird dem Feinde der Weg geöffnet. Der Minister bat den Arbeiter- und Soldatenrat um seine Unterstützung, um wieder eine normale Tätigkeit in der Flotte herbeizuführen und die schädliche Propaganda zu bekämpfen. Gleichzeitig versprach er, die Verbände der Seeleute zu erhalten.

Nach Erörterungen nahm der Hauptvollzugsausschuß die folgende Entschließung an:

Nach Anhörung der Mitteilungen des Kriegs- und Marineministers sowie der Berichte der Abgesandten über die Lage in Helsingfors und bei der Ostseeflotte, die die für die Sicherheit des Landes und die Interessen der Revolution bedrohliche Lage anerkennen, hat der Vollzugsausschuß beschlossen, eine Abordnung von fünf Mitgliedern nach Helsingfors zu senden. Diese hat den Auftrag, den Willkürakten gegen die Offiziere ein Ende zu machen und der regelmäßigen Tätigkeit der gerichtlichen Untersuchung der Mordangelegenheiten ihre Unterstützung zu leihen, und zwar unter Beteiligung der demokratischen Verbände. Sie soll bei der Wiederherstellung einer normalen Tätigkeit der Schiffsausschüsse und des Hauptausschusses der Ostseeflotte sowie der Wiederaufrichtung der Autorität der Führer in den Fragen der Operationen und der militärischen Ausbildung mitarbeiten. Ferner soll sie den Gerüchten über Umtriebe deutscher Agenten in der Ostseeflotte auf den Grund gehen und die Seeleute auf die Gefahren aufmerksam machen, die eine Zerrüttung der Flotte für das Land und die Revolution mit sich bringen.

Der russische sozialrevolutionäre Abgeordnete zur Moskauer Bauernpartei-Konferenz, Rubanowitsch (Sorbonneprofessor), passierte in besonderer Mission von Kerenskian Nibot Bergen. Er bezeichnete laut „V. Z." die Lage Rußlands als äußerst ernst, aber keiner der leitenden Männer denke an einen Frieden. Gleichzeitig wird von anderer Seite berichtet, daß zuverlässige russische Kreise die Mitte Oktober in Bern zusammentretende Friedenskonferenz als sehr wichtig ansehen. Rußland werde bei ihr durch den gewesenen Minister für soziale Arbeiten, dem jetzigen Gesandten in Bern, Jefremow, vertreten sein.

Daß die augenblicklichen russischen Machthaber keinen Sonderfrieden schließen möchten, weil sie glauben, daß Rußland bei einem allgemeinen Frieden besser wegkommt, wissen wir ja seit langem. Es fragt sich nur, ob Rußland solange aushält, bis seine Freunde zum Frieden bereit sind. Die Stimmen in Frankreich lauten demgegenüber sehr skeptisch.

T. U. Genf, 27. September. Nach einer Meldung der „Times" ist es nur eine Frage von Wochen, vielleicht von Tagen, daß der russische Warentransport vollständig gelähmt ist.

Eine starke bolschewikische Mehrheit gesichert.

T. U. Stockholm, 26. September. Am gestrigen Tage vor Eröffnung der demokratischen Konferenz herrschte in Petersburg eine nervöse Stimmung. Man befürchtete ernste Kundgebungen seitens der Maximalisten mit der Forderung eines sofortigen Rücktrittes der Regierung. Das Direktorium zeigt gänzliche Unthätigkeit. Es wagt nicht, vor Zusammentritt der Konferenz über die Bildung des Ministeriums weiter zu unterhandeln. Auf der Konferenz gilt eine starke bolschewikische Mehrheit bereits als gesichert. Das Präsidium soll aus drei Bolschewiki zwei Sozialrevolutionären und einem Menschewik bestehen.

General Kaledin der Beherrscher Südrußlands.

T. U. Breslau, 27. Sept. Der Czernitschauer „Dziennik Polski" vom 25. d. Mts. meldet die Ernennung des Kosakenhetmans General Kaledin zum Ober-Ataman der Ukraine, so daß er nunmehr tatsächlich der **Beherrscher Südrußlands** zwischen Dnjestr und Don ist. **Kaledin ist jetzt der Hauptgegner Kerenskis** geworden; er verfügt über ein schlagfertiges Heer, mit dem er einen energischeren Widerstand leisten kann als Kornilow.

Kornilow nach Bychow gebracht.

Petersburg, 26. September. (Meldung der Petersb. Telegr.-Agentur.) Der frühere Oberbefehlshaber Kornilow und andere Generale und Offiziere, die an dem Aufruhr teilgenommen haben, sind in der letzten Nacht im Sonderzuge nach Bychow in der Provinz Mohilew gebracht worden, wo sie bis zur Eröffnung des Prozesses in Haft gehalten werden.

Suchomlinows Verurteilung.

Petersburg, 26. Sept. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Geschworenen beriethen sieben Stunden und bejahten sämtliche dreizehn Schuldfragen mit Ausnahme der ersten, die den früheren Kriegsminister für schuldig erklärt, während des Krieges untätig und lässig gewesen zu sein, um den Feind durch die Schwächung der bewaffneten russischen Macht zu unterstützen. Suchomlinow nahm das Urteil ruhig entgegen. Seine freigesprochene Frau brach in Tränen aus. Der Staatsanwalt hatte nach der bejahenden Antwort der Geschworenen die Anwendung der Höchststrafe für Suchomlinow, nämlich lebenslängliches Zuchthaus, beantragt, da die Geschworenen keine mildernden Umstände gefunden hatten.

Die Schuld am Kriegsausbruch.

Berlin, 25. Sept. Es ist begreiflich, daß die Entente unter dem Druck der Suchomlinow-Enthüllungen eifrig und ängstlich nach neuen Stützen für die morsch gewordene Fiktion der Kriegsschuld Deutschlands sucht. Aber die neuen Argumente und die neuen Wendungen der alten sind kaum geeignet, die moralische Schuld von den verantwortlichen Persönlichkeiten der Entente abzuwälzen. So klammern sich die „Westminster Gazette" vom 6. September und die „Morning Post" vom 7. September wieder an zwei Punkte, die schon oft genug zur Sprache gekommen sind. Zunächst wird den militärischen Stellen in Berlin vorgeworfen, das berüchtigte Extrablatt des „Lokal-Anzeigers" veranlaßt zu haben, um dadurch die russische Mobilmachung herbeizuführen. Wie wenig davon die Rede sein kann, zeigt die hochwichtige Denkschrift über die militärpolitische Lage, die am 28. Juli 1914 vom damaligen Generalstabschef Generaloberst v. Moltke abgefaßt und am 21. September 1917 vom Oberstleutnant v. Haeften in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" veröffentlicht wurde. In ihr wird betont, daß schon damals, am 28. Juli, der deutsche Generalstab Kenntnis davon hatte, daß Rußland bereits seit mehreren Tagen heimlich mobil machte, und zwar nicht nur gegen Oesterreich-Ungarn, sondern auch gegen Deutschland. „Rußland", so heißt es in der Denkschrift, trifft alle Vorbereitungen, um die Armeekorps der Militärbezirke Kiew, Odessa und Moskau, in Summa 12 Armeekorps, in kürzester Zeit mobilisieren zu können, und verfügt ähnliche vorbereitende Maßnahmen auch im Norden der deutschen Grenzen und an der Ostsee. „Aber", so meinen die englischen Zeitungen, „wenn selbst Rußland mobilisiert hätte, so wäre sogar nach deutschem Urteil die Tatsache kein Grund zum Kriege gewesen. Der Reichskanzler habe ja selbst erklärt, daß man Oesterreich in den entscheidenden Tagen von Berlin aus ermahnt habe, die Verhandlungen mit Rußland wieder aufzunehmen, obgleich man wußte, daß die russische Mobilmachung gegen Oesterreich im Gange war. Auch darauf geben die Ausführungen des Oberstleutnants v. Haeften Antwort. Als Generaloberst v. Moltke ihm den Schriftsatz aushändigte, fügte er hinzu: „Geschieht nicht ein Wunder, das heißt, wird die russische Mobilmachung nicht rückgängig gemacht, so erscheint der Krieg unvermeidlich." In dieser äußersten Hoffnung, der Hoffnung, die russische Maschine noch im letzten Augenblick zum Stillstand zu bringen und damit den drohenden Weltbrand zu verhindern, hat die deutsche Regierung den Versuch gemacht, Verhandlungen zwischen Oesterreich und Rußland herbeizuführen.

Gegen Poincaré.

In der französischen Deputiertenkammer schlug der Abgeordnete Barthe vor, die Kredite für die Reisekosten und die Repräsentation Poincarés um 100 000 Franken herabzusetzen. Bei der augenblicklichen Finanzlage Frankreichs sei äußerste Sparsamkeit notwendig. Es sei die Pflicht des Präsidenten, zu sparen. Gewisse Frontreisen mit großem Aufwand würden von der Armee mit scheelen Augen angesehen; sie hätten stets große Truppenverschiebungen für Paraden zur Folge, die dem Feinde Ansammlungen anzeigten, die er ständig beschieße. Die Kleidung des Präsidenten, die halb die eines Präfekten, halb die eines Admirals sei, setze das Volk und Armee in Erstaunen. In Frankreich liebe man die Einfachheit und den guten Geschmack. Außerdem werde an der Front zu viel geredet. Nur der Minister des Aeußern und der Ministerpräsident könnten das konstitutionelle Frankreich vertreten und verpflichten. Den Reden Ribots zolle man Beifall, aber welcher Unterschied im Ton bestehe zwischen seinen Reden und einer gewissen Rede in Nancy, wo man (Poincaré) erklärt habe, einem unserer Gnade ausgelieferten Feinde den Frieden aufzwingen zu wollen. Die Armee, die den Sieg des Rechtes wolle, habe die Nancyrede nicht nach ihrem Geschmack gefunden. Barthe führte weiter aus, im Ministerrat sei die Nancyer Rede nicht erörtert worden. Sie sei ein persönlicher Akt gewesen. Ein Redner, der im Namen Frankreichs spreche, müsse konstitutionell verantwortlich sein. Jeder müsse seine Pflicht einfach und ohne Aufhebens erfüllen. (Lebhafter Beifall auf der ganzen Linken.)

Der Antrag wurde schließlich mit 224 gegen 121 Stimmen abgelehnt.

Bei den weiteren Erörterungen brachte sodann Brizon unter allgemeiner Bewegung einen Zusatzantrag ein, wonach ein Kredit von 10 000 Franken eröffnet werden soll, um

eine geheime Volksabstimmung über die Frage: Frieden

vornehmen zu lassen. Die Kammer zeigte sich dem Antrag gegenüber außerordentlich feindlich, so daß Brizon infolge großen Lärms, von Deschanel mehrmals zur Ordnung gerufen, seinen Antrag nicht ausführlich erklären kann und die Rednertribüne verlassen muß.

Englische Meldungen über unsern Luftangriff auf London.

London, 25. September. Feindliche Luftschiffe, die über Yorkshire und Lincolnshire zur Küste kamen, vermochten nicht weit in das Innere vorzudringen, sie versuchten, sich mehreren verteidigten Plätzen zu nähern, wurden aber durch Geschützfeuer vertrieben. Die Luftschiffe warfen Bomben in eine Küstenstadt ab, drei Frauen wurden leicht verletzt, der Sachschaden ist gering.

Amsterdam, 26. September. Handelsblad meldet aus London vom 25. September: Der deutsche Luftangriff begann um 8 Uhr 15 Min. abends und dauerte über eine Stunde. In den Theatern wurde von der Bühne herab mitgeteilt, daß ein Luftangriff stattfinde und die Vorstellung unterbrochen, aber fortgesetzt, nachdem angekündigt war, daß die Gefahr vorüber sei; einige Theater haben angekündigt, daß bis zum Neumond am 8. Oktober nur Nachmittagsvorstellungen stattfinden würden.

London, 26. September. Das Reutersche Bureau meldet amtlich: Geschützfeuer zwang die erste Gruppe der angreifenden Flugzeuge, die sich gestern abend London näherten, zur Rückkehr. Nur zwei Flugzeuge drangen durch die Abwehrlinie. Diese warfen im Südosten Londons eine Anzahl Bomben ab, die einige Wohnhäuser beschädigten, sechs Personen töteten und ebensoviele verletzten. Eine zweite Gruppe angreifende Flugzeuge wurde, ohne London zu erreichen, vertrieben. Sie warf Bomben im Südosten Englands ab. Ueber Unglücksfälle oder Schäden sind noch keine Nachrichten eingegangen.

Eine Anfrage des Vatikans über Belgien.

T. U. Bern, 27. Sept. Aus Rom wird zur deutschen Antwortnote berichtet: Aus dem Vatikan verlautet, daß der Papst seiner Antwort auf die Noten der Zentralmächte an Deutschland eine Anfrage beifügen werde über das endgültige Schicksal Belgiens. Dieser Punkt scheine das wesentlichste Hindernis für Amerika und England zur Weiterführung der Friedensunterhandlung zu sein. Dagegen sei die Meldung, der König von Spanien sei zum Schiedsrichter ausersehen, mindestens ungenau.

Die Entente wird die Note der Mittelmächte an den Papst beantworten.

Genf, 26. September. Der „New York Herald" meldet: Die Entente wird die Note der Mittelmächte an den Papst beantworten.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Die argentinische Kammer für den Abbruch der Beziehungen.

c. B. Haag, 27. Sept. Die „Times" melden aus Buenos Aires: Nach einer die Nacht durch währenden Sitzung nahm die Kammer mit 52 gegen 18 Stimmen einen Beschluß an, daß die Beziehungen mit Deutschland sofort abgebrochen werden sollen. Höchstwahrscheinlich wird die Regierung innerhalb weniger Tage dem Beschluß Folge geben. Es ist unklar, ob die gegenwärtige Mobilisierung von Heer und Flotte mit dem Eisenbahnstreik oder mit der internationalen Lage zusammenhängt, wahrscheinlich mit beidem.

Bonar Laws ältester Sohn vermißt.

Amsterdam, 26. Sept. „Algemeen Handelsblad" meldet aus London, daß Bonar Laws ältester Sohn, Hauptmann Law, vermißt wird. Vielleicht findet er sich in einem deutschen Kriegsgefangenenlager wieder.

Wohin mit den Verwundeten?

Berlin, 27. Sept. Aus Pariser Meldungen geht, wie der „L.-A." berichtet, hervor, daß in Frankreich wachsende Sorge herrscht wegen der Unterbringung und Verpflegung der englischen und anderen fremden Verwundeten aus den letzten schweren Flandernkämpfen. Eine der ersten Amtshandlungen Painlevés sei gewesen, Wilson telegraphisch um die sofortige Entsendung von Aerzten, Krankenpflegern und Sanitätsmaterial zu bitten.

Deutsches Reich.

Zur Teilung des Reichsamts des Innern.

Die amtliche Denkschrift zur Teilung des Reichsamts des Innern begründet die vorgeschlagene Neuordnung, daß von den drei großen Gruppen der gegenwärtigen Aufgaben des Reichsamts des Innern: Fragen der inneren Reichsverwaltung und der zuständigen Reichsgesetzgebung, Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik die beiden letzteren in einem Amte, dem neuen Reichswirtschaftsamt, vereint werden sollen, in folgenden Ausführungen:

„Gerade im Interesse der Arbeiterfürsorge und eines energischen und zielbewußten Vorgehens auf sozialpolitischem Gebiete liegt es, daß die gesetzgeberische Arbeit von derselben Leitung ausgeht und getragen wird, die die Verantwortung für die Wirtschaftspolitik des Reichs trägt. Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik müssen die Schalen derselben Wage ausfüllen, wenn der Wirtschaftskörper des Reichs im Gleichgewichte bleiben soll. Diese Auffassung führt dazu, daß die Sozial- und Wirtschaftspolitik in einem neuen Wirtschaftsamte zusammengefaßt wird, während die gesamte innere Reichsverwaltung, d. h. also die Wahrnehmung aller der Reichsleitung obliegenden Geschäfte, die in den Einzelstaaten den Ministerien des Innern und des Kultus zugewiesen sind, bei dem Reichsamt des Innern verbleibt."

Das neue Reichsamt des Innern, Staatssekretär Wallraf, wird demnach zu bearbeiten haben: Alle Angelegenheiten, die bisher in der 1. Abteilung des Reichsamts des Innern (Verfassungsangelegenheiten, die auf den Bundesrat, den Reichstag und die Reichstagswahlen bezüglichen Geschäfte usw.) bearbeitet worden sind, mit Ausnahme des Ausstellungswesens, der Wohnungsfürsorge und der Zentrale für Arbeitsnachweise, die zum Reichswirtschaftsamte gehören, sowie ferner aus den Abteilungen II und III die nachstehend bezeichneten Gegenstände: die Religions- und Kirchensachen, die Frauenfrage, die Prüfung der Handfeuerwaffen, das Ausnahmeverfahrens, alle Kriegsschädenangelegenheiten, über die in der Geheimen Registratur III AK Akten geführt werden, mit Ausnahme der Schäden der Auslandsdeutschen, sowie die Geschäfte der Unterabteilung III B mit Ausnahme der land- und forstwirtschaftlichen Biologie.

Das künftige Reichsamt des Innern würde seine Aufgaben in zwei Abteilungen zu erledigen haben, von denen die eine der Unterstaatssekretäre mit Hilfe eines Dirigenten, die andere ein Direktor zu leiten hätte.

Das Reichswirtschaftsamt würde zwei Hauptabteilungen, eine sozialpolitische und eine wirtschaftspolitische — jede unter einem Unterstaatssekretär — haben, von denen die sozialpolitische in zwei Unterabteilungen, die wirtschaftspolitische in drei Unterabteilungen zerfallen sollen. Zur Zuständigkeit des Reichswirtschaftsamts werden, wie bereits erwähnt, gehören das Ausstellungswesen, die Wohnungsfürsorge und die Zentrale für Arbeitsnachweise, alle Angelegenheiten, die bisher in den Abteilungen 4 und 5 des Reichs-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19170927027/fragment/page=0002